

## BLEIBT ALLES ANDERS?

### STABILITÄT UND WANDEL DER DEUTSCHEN PARTEI-MITGLIEDSCHAFTEN

≡ Tim Spier

Die Entwicklung der Mitgliedschaften der deutschen Parteien wird in der öffentlichen Diskussion vor allem unter dem Gesichtspunkt sinkender Mitgliederzahlen betrachtet. Zu Beginn jeden Jahres, wenn die neuesten Zahlen von den Parteizentralen bekannt gegeben werden, beginnt in den Medien ein mittlerweile wohlbekanntes Ritual: der Schwanengesang auf die Mitgliederpartei. Den Parteien liefen die Mitglieder davon, sie überalterten und seien zunehmend nicht mehr in der Lage, ihre gesellschaftlichen und politischen Aufgaben wahrzunehmen. Ihre Hauptfunktion, für eine »ständige lebendige Verbindung zwischen dem Volk und den Staatsorganen« zu sorgen, wie es das deutsche Parteiengesetz ungewohnt pathetisch normiert, sei durch den Rückgang der Mitgliederzahlen in Gefahr.

Nun ergibt es wenig Sinn, den empirischen Befund zu leugnen, dass die politische Partizipation in den deutschen Parteien zahlenmäßig zurückgeht. Von 1990 bis 2010, also in den mehr als zwanzig Jahren nach der deutschen Wiedervereinigung, haben die sechs im Bundestag vertretenen Parteien CDU, CSU, SPD, FDP, Linke und Grüne rund ein Drittel ihrer Mitglieder verloren<sup>1</sup>. In diesen Parteien sind nicht mehr wie einst 1990 mehr als zwei Millionen Menschen organisiert, sondern nur noch weniger als 1,4 Millionen. Besonders hart getroffen hat es die Volksparteien, allen voran die SPD. Sie verlor seit der Wiedervereinigung fast die Hälfte der Mitglieder. Aber auch die Parteimitgliederzahlen der CDU gingen um 36 Prozent zurück.

Der rein numerische Rückgang der Mitgliederzahlen sagt aber noch nicht viel über Ursachen und Folgen dieser Entwicklung aus. Je nachdem, welchen Referenzpunkt man wählt, kann noch nicht einmal von einer dramatischen Entwicklung gesprochen werden: Mitte der 1950er Jahre hatten CDU, CSU

<sup>1</sup> Vgl. Oskar Niedermayer, Parteimitgliedschaften im Jahre 2010, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, H. 2/2011, S. 365–383.

und SPD zusammen rund 0,8 Millionen Mitglieder<sup>2</sup> und damit – selbst wenn man die damals existenten kleineren Parteien hinzurechnet und berücksichtigt, dass noch Mitglieder aus Ostdeutschland hinzukommen – immer noch weit weniger Mitglieder als die Parteien heute. Von einem Ende der Parteien oder sogar der Demokratie war aufgrund dieses Faktums in der Ära Adenauer nicht die Rede. Auch insofern sind die aktuellen Entwicklungen der Parteimitgliederzahlen ins rechte Licht zu rücken.

In der Tat haben wir es heute mit dem Ende einer historisch ungewöhnlich starken Phase der parteipolitischen Partizipation zu tun. In den späten 1960er und frühen 1970er Jahren stießen in kürzester Zeit fast 300.000 Mitglieder allein zur SPD. Die sozialliberale Koalition im Bund, der Kanzler Willy Brandt, die mit seiner Person verbundenen Reformhoffnungen wie die neue Ostpolitik oder die Frage gesellschaftlicher Demokratisierung und nicht zuletzt ein gesellschaftspolitisches Klima, dass individuelles politischen Engagement begünstigte, ja von jedem Bürger forderte, sind als Gründe hierfür anzuführen. Aber auch die Unionsparteien profitierten von der Phase politischer Mobilisierung enorm: Im gleichen Zeitraum verdoppelten sie nahezu ihre Mitgliederzahlen, verloren den Charakter von Honoratiorenparteien und wurden erst zu dem, was man Mitgliederpartei nennen kann.

Diese Kohorte von Neueintreten vor allem in den 1970er Jahren hat insbesondere die deutschen Volksparteien über Jahrzehnte dominiert. Nun kommen auch die Jüngsten unter ihnen ins Rentenalter und werden zunehmend inaktiver. Während die Abgänge durch Austritt oder Tod bei CDU und SPD über die letzten Jahrzehnte mit einigen signifikanten, aber erklärbaren Ausnahmen relativ konstant blieben, ging vor allem der Zustrom von neuen Mitgliedern zurück.<sup>3</sup> Die deutschen Parteien haben daher ein Neu- und Jungmitgliederdefizit, das sich in einer gewandelten Struktur der Parteimitgliedschaften widerspiegelt. Diese Struktur lässt sich aber nicht allein mit Hilfe der bloßen Zahlen von Parteimitgliedern erfassen. Vielmehr sollen im Folgenden die Ergebnisse zweier repräsentativer Befragungen der Mitglieder der deutschen Parteien herangezogen werden, um Kontinuität und Wandel der Mitgliederstruktur genauer qualifizieren zu können. Es handelt sich einerseits um die »Deutsche Parteimitgliederstudie 2009« unter Leitung von Ulrich von Alemann und Markus Klein<sup>4</sup>, andererseits um die von Wilhelm Bürklin unternommene »Potsdamer Parteimitgliederstudie 1998«<sup>5</sup>, die jeweils mit ähnlichen Instrumenten deutschlandweit repräsentative Stichproben der sechs Bundestagsparteien befragt haben.

Zunächst zu einem Befund, der – bedauerlicherweise – ein Beispiel für die Persistenz einmal etablierter Strukturen in den Parteien ist und auch nicht

2 Elmar Wiesendahl, Mitgliederparteien am Ende? Eine Kritik der Niedergangsdiskussion, Wiesbaden 2006, S. 29 f.

3 Ebd., S. 46 ff.

4 Tim Spier u. a. (Hg.), Parteimitglieder in Deutschland, Wiesbaden 2011.

5 Roberto Heinrich u. a., Parteimitglieder im Vergleich. Partizipation und Repräsentation, Abschlussbericht zum gleichnamigen DFG-Projekt, Potsdam 2002; Heiko Biehl, Parteimitglieder im Wandel. Partizipation und Repräsentation, Wiesbaden 2005.

durch den zahlenmäßigen Rückgang der Parteimitgliederzahlen nennenswert verändert wird: Frauen sind in den deutschen Parteien deutlich unterrepräsentiert. Machen sie mehr als die Hälfte der deutschen Bevölkerung aus, beträgt der Frauenanteil der Mitglieder der sechs Bundestagsparteien nur 27 Prozent.<sup>6</sup> Daran hat sich zwischen 1998 und 2009 auch keine größere Änderung ergeben. Überdurchschnittliche Frauenanteile findet man allein bei Bündnis 90/Die Grünen und der Linken, aber auch hier machen sie gerade einmal etwas mehr als ein Drittel der Mitglieder aus. Bei den bürgerlichen Parteien sind die Anteile hingegen unterdurchschnittlich. Pauschale Erklärungen sind hier kaum zielführend. Allerdings: Frauen weisen, das belegen auch andere Studien<sup>7</sup>, im Mittel ein geringeres politisches Interesse und eine weniger starke Selbsteinschätzung der eigenen politischen Einflussmöglichkeiten auf. Doch gerade diese beiden Faktoren sind wichtige Determinanten des Beitritts zu Parteien. Worin die Ursachen für das geringe Ausmaß von partizipationsrelevanten Einstellungen bei Frauen liegen, ist damit noch nicht gesagt. Vermutlich liegt es aber zumindest auch an sozialisationsbedingten Rollenbildern sowie an den faktisch von Männern dominierten Strukturen in der Politik.

Wenig erstaunlich ist der Befund, dass das durchschnittliche Alter der deutschen Parteimitglieder steigt. Der Anteil der im Rentenalter ab 65 Jahren befindlichen Mitglieder stieg von 1998 bis 2009 von 25 auf vierzig Prozent. Gleichzeitig machen jüngere Menschen unter 35 Jahren aktuell nur noch acht Prozent der Mitglieder aus (1998: zehn Prozent). Gerade im Vergleich zu ihrem Anteil von 25 Prozent in der gesamten Bevölkerung sind die Jüngeren in den deutschen Parteien erheblich unterrepräsentiert. Dies ist vor allem Folge des bereits beschriebenen Phänomens einer großen Beitrittsbereitschaft in den 1970er Jahren, die dann in der Folge stark zurückging. Gleichzeitig blieben die Abgänge relativ konstant. Die Kohorte der in den 1970er Jahre Beigetretenen wird allmählich älter und lässt die Parteimitgliedschaften »ergrauen«. Mit dem abzusehenden altersbedingten Abgang dieser Kohorte ist zwar ein weiterer deutlicher Rückgang der absoluten Mitgliederzahlen zu erwarten, gleichzeitig sollte sich im Verlauf aber die Altersstruktur der Parteien wieder normalisieren und der Altersverteilung in der gesamten Bevölkerung angleichen. Was wir derzeit beobachten, ist also weniger das völlige Ausbleiben von Neu- und Jungmitgliedern, als das Altern einer Kohorte, die besonders stark zu parteipolitischer Partizipation neigte.

Auch in ihrem formalen Bildungsniveau unterscheiden sich die deutschen Parteimitglieder deutlich von der Bevölkerung. Während aktuell gerade einmal rund ein Viertel der Bevölkerung über Abitur oder Hochschulabschluss

6 Vgl. auch im Folgenden Markus Klein, *Wie sind die Parteien gesellschaftlich verwurzelt?*, in: Tim Spier, *Parteimitglieder in Deutschland*, Wiesbaden, S. 39–59.

7 Bettina Westle, *Politische Partizipation und Geschlecht*, in: Achim Koch u. a. (Hg.), *Politische Partizipation in der Bundesrepublik Deutschland*, Opladen 2001, S. 131–168.

verfügt, sind es in den Parteien deutlich mehr als die Hälfte. Besonders stark ausgeprägt ist die »Dominanz der Akademiker«<sup>8</sup> in den kleineren Parteien, während sie in den Volksparteien CDU, CSU und SPD weit schwächer, aber immer noch überdurchschnittlich ausfällt. Dabei nimmt der Anteil hoch gebildeter Bevölkerungsgruppen im zeitlichen Verlauf in allen Parteien noch zu, wobei zu bedenken ist, dass dies im Gefolge der Bildungsexpansion auch in der Bevölkerung insgesamt der Fall ist. Schließlich ist die Berufsstruktur ein weiterer wichtiger Unterschied zwischen Parteimitgliedern und Bevölkerung: Höher qualifizierte Berufsgruppen wie die Selbstständigen, die freien Akademiker und vor allem die Angestellten und Beamten im öffentlichen Dienst sind in den Parteien deutlich überrepräsentiert. Nur ein plakatives Beispiel: Während lediglich rund sieben Prozent der Bevölkerung im öffentlichen Dienst tätig sind, sind es in den deutschen Parteien 35 Prozent. Arbeiter und Angestellte in der Privatwirtschaft hingegen sind in den deutschen Parteien in nur sehr geringem Ausmaß zu finden.

Der Befund, dass Menschen mit höherer Bildungs- und Berufsqualifikation in den Parteien überdurchschnittlich vertreten sind, lässt sich mit den etablierten Ansätzen der Partizipationsforschung leicht erklären. Die sogenannte Ressourcen-Theorie<sup>9</sup> geht von der Annahme aus, dass politische Partizipation bestimmte Fähigkeiten und Ressourcen voraussetzt, die die Wahrscheinlichkeit der Beteiligung in der Politik deutlich erhöhen. Insofern begünstigen natürlich politisches Wissen und kommunikative Kompetenzen, die mit höherer formaler Qualifikation allgemein einhergehen, die Beitrittsbereitschaft zu einer Partei. Die normative Frage, die sich an diesen Punkt anschließt, ist jedoch eine andere: Führt der Mangel sozialstruktureller Repräsentation dazu, dass die deutschen Parteien die Interessen der unterrepräsentierten Gruppen nur bedingt erfüllen können? Ein wichtiges Defizit der sozialstrukturellen Repräsentationsforderung ist die implizite Annahme, dass die verschiedenen Interessen in einer Gesellschaft nur durch eine gleichsam spiegelbildliche Abbildung ihrer Sozialstruktur in Parteien und Parlamenten gewährleistet sei. Im Rahmen der Deutschen Parteimitgliederstudie 2009 konnte jedoch festgestellt werden, dass die Parteimitglieder trotz ihrer abweichenden Sozialstruktur die politischen Einstellungen und Meinungen ihrer jeweiligen Wähler sehr gut repräsentieren – und dies sogar in stärkerem Maße, als es noch 1998 der Fall war.<sup>10</sup> Insofern wird der Mangel an sozialstruktureller Repräsentation durch die zufriedenstellende Repräsentation von Einstellungen und Meinungen aufgehoben. Und auf diese Frage kommt es bei der normativen Bewertung der Qualität politischer Repräsentation maßgeblich an.

8 Heiko Biehl, Die Dominanz der Akademiker. Wandel der Mitgliedsstruktur und Repräsentationsverlust der Parteien, in: Vorgänge, H. 4/2007, S. 15–23.

9 Sidney Verba u. Norman Nie, Participation in America. Political Democracy and Social Inequality, New York 1972.

10 Tim Spier, Welche politischen Einstellungen haben die Mitglieder der Parteien?, in: ders., Parteimitglieder in Deutschland, Wiesbaden 2011, S. 121–137.

Nicht nur die Struktur der deutschen Parteimitgliedschaften hat sich gewandelt. Auch das Ausmaß und die Form der Aktivität der verbliebenen Mitglieder befinden sich in einem Wandlungsprozess. Zunächst: Die Vorstellung, dass die Zahl von Mitgliedern auch nur in etwa den Kreis der Aktiven in den Parteien widerspiegelt, ist falsch. Nur ein kleiner Teil der Mitglieder legt nennenswerte Aktivitäten an den Tag. Als »sehr aktiv« bezeichnen sich gerade einmal sechs Prozent der Mitglieder, wobei der Anteil insbesondere bei den kleineren Parteien leicht höher ausfällt.<sup>11</sup> Hingegen sagen rund ein Drittel der Mitglieder von sich selbst, dass sie »überhaupt nicht aktiv« seien. Interessanterweise ist dieser Anteil bei Bündnis 90/Die Grünen am höchsten, dicht gefolgt von den drei Volksparteien. Nur bei der FDP und der Linken sind die völlig Inaktiven weit weniger stark zu finden. Generell kann man aber davon sprechen, dass das Aktivitätsniveau der Mitglieder jedoch in fast allen Parteien steigt. Aus den Parteien treten insbesondere die Personen aus, die wegen Unzufriedenheit oder Alter ohnehin nicht mehr besonders aktiv waren, während Neueingetretene in aller Regel ein recht hohes Aktivitätsniveau an den Tag legen. Die absolute Zahl der Aktiven in den Parteien wird durch den Mitgliederrückgang daher nur in geringem Maße betroffen, was die scheinbare Dramatik dieses Prozesses weiter entschärft.

Interessanter dürfte aber vor allem der Wandel der Formen der Aktivität innerhalb der Parteien sein. Auf der Grundlage eines Katalogs von verschiedenen Arten der Aktivität haben wir im Rahmen der Deutschen Parteimitgliederstudie 2009 empirisch eine Typologie von vier Grundformen der Parteiaktivität erstellt: Die größte Gruppe in den deutschen Parteimitgliedschaften sind auch in dieser Betrachtungsweise die »Inaktiven«, die sich durch keine besondere Form der Mitarbeit auszeichnet. Sie machen 47 Prozent aller Mitglieder aus. 17 Prozent sind hingegen als »Versammlungsbesucher« zu qualifizieren. Sie gehen zumindest regelmäßig zu den Parteiversammlungen, ihre übrige Aktivität hält sich jedoch in Grenzen. Die »geselligkeitsorientierten Aktiven« nehmen neben den Versammlungen auch an Festen und geselligen Veranstaltungen der Partei teil. Schließlich tragen die »ämterorientierten Aktiven« den Kern der Parteiarbeit. Sie bekleiden Ämter und Mandate, und sind im Übrigen mit der Organisation der Parteiarbeit, der Öffentlichkeitsarbeit und dem Wahlkampf beschäftigt. Im zeitlichen Verlauf von mehr als zehn Jahren ist insbesondere der Anteil »ämterorientierter Aktiver« stark angestiegen, während die reinen »Versammlungsbesucher« und auch die »Inaktiven« in ihrer relativen Stärke zurückgegangen sind.

Diese vier Typen sprechen verschiedene Gruppen in der Partei unterschiedlich stark an. Bei den »ämterorientierten Aktiven« sind etwa Männer,

<sup>11</sup> Vgl. auch im Folgenden Tim Spier, *Wie aktiv sind die Mitglieder der Parteien?*, in: ders., *Parteimitglieder in Deutschland*, Wiesbaden 2011, S. 97–119.

Menschen im Erwerbsalter und mit höherem formalem Bildungsniveau sowie die Beschäftigten im öffentlichen Dienst deutlich überrepräsentiert. Die »gesellschaftsorientierten Aktiven« setzen sich hingegen überproportional aus Frauen, Menschen im Rentenalter und mit einem geringeren Bildungsniveau sowie aus Angehörigen der weniger qualifizierten Berufe zusammen. Die Erkenntnis der Ressourcen-Theorie, dass Bevölkerungsgruppen mit einer starken Ressourcenausstattung auch intensiver politisch partizipieren, gilt demnach nicht nur für den Unterschied zwischen Parteimitgliedern und Bevölkerung, sondern auch für die Binnendifferenzen innerhalb der Parteien. Interessant ist an diesem Befund insbesondere, dass sich über die Geselligkeitsorientierung eine Möglichkeit für die Parteien ergibt, unterrepräsentierte Bevölkerungsgruppen zu integrieren. Würden Parteien sich nur auf den harten Kern ihrer Arbeit im Bereich der Politikformulierung und Politikumsetzung beschränken, würde dies vermutlich größere Repräsentationsdefizite schaffen. Das gesellige Leben in den Parteien macht sie hingegen zu Orten der sozialen Einbindung der unterschiedlichsten Bevölkerungsgruppen. Eine Erkenntnis, die den Parteien durchaus zu denken geben sollte.



**Dr. Tim Spier**, geb. 1975, vertritt derzeit eine Professur an der Universität Siegen. Sein Forschungsschwerpunkt liegt im Bereich der politischen Soziologie, insbesondere in der Parteien-, Wahl- und Partizipationsforschung.